

Newsletter 17

Verein Bern NEU gründen
Newsletter Nr. 17
Dezember 2017

AUF EINEN BLICK

Liebe Leserinnen und Leser

Schwerpunkt dieses Newsletters ist die Studie «Verwaltungsorganisation und politische Partizipation in einer fusionierten Grossstadt Bern». Gerne möchten wir dieses Thema in einem grösseren Kreis diskutieren und laden Sie deshalb am 22. Januar 2018 zu einem World Café ein. Sie finden dazu ein Interview mit Prof. Dr. Fritz Sager vom Kompetenzzentrum für Public Management der Uni Bern, das diese Studie verfasst hat. Ausserdem orientieren wir Sie über die hohe Wirtschaftskraft der Region Bern und einen erfolgreichen Jobtausch unter Gemeindepräsidenten der Region Bern.

Für die kommenden Tage wünschen wir Ihnen festliche, erholsame und schöne Zeiten und alles Gute für das neue Jahr!

Bern NEU gründen
Marcel Suter

EINLADUNG

World Café: Das Zusammenrücken in der

Region Bern stärkt die Demokratie und die Mitbestimmung

Montag, 22. Januar 2018 – 18:00 bis 20:00 Uhr
Clé de Berne, Schauplatzgasse 39 (3. Stock), 3011 Bern

Am 6. Juli 2017 haben wir die Studie der Universität Bern zum Thema Verwaltungsorganisation und politische Partizipation in einer fusionierten Grossstadt Bern vorgestellt. Das Medienecho war gross – nun wollen wir das Thema mit Ihnen vertiefen. Sie finden die Studie unter [folgenden Link](#).

Es ist uns wichtig zu erfahren, was Sie darüber denken. Gerne laden wir Sie ein, an der Diskussion in Form eines World Cafés am Montag, 22. Januar 2018 von 18 bis 20 Uhr mit den Schwerpunkten "Bürgernähe und Partizipation" teilzunehmen. Nachdem der letzte Anlass wegen kurzfristigen Absagen nicht durchgeführt werden konnte, wird das World Café im Januar auf jeden Fall stattfinden.

Anmeldung

Wir freuen uns auf einen regen Austausch und bitten Sie, sich unter info@bernneugruenden.ch anzumelden.

INTERVIEW

Die Grossgemeinde Bern stärkt Demokratie und Mitbestimmung

Die neuste Studie des Vereins «Bern NEU gründen» zeigt auf,

dass bei einem Zusammenschluss zu einer Grossgemeinde Bern lokale Identitäten und Entscheidungskompetenzen erhalten bleiben. Mehr noch: Die Bürgerinnen und Bürger profitieren von einem besseren Service der Verwaltung und mehr Demokratie und Mitbestimmung. Verfasst wurde diese Studie vom Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) der Universität Bern unter der Leitung von Professor Dr. Fritz Sager.

Herr Sager, braucht es überhaupt einen solchen Zusammenschluss? Die Gemeinden in der Region Bern arbeiten schon jetzt gut zusammen.

Fritz Sager: Aus Sicht der Verwaltungsorganisation macht eine Fusion Sinn, wie bereits die frühere Studie von «Bern NEU gründen» gezeigt hat: Weniger Doppelspurigkeiten, weniger Koordinationsaufwand, geringere Transaktionskosten. Zudem kann dadurch die Chance genutzt werden, neue innovative Konzepte der elektronischen Verwaltung sowie Partizipationsmöglichkeiten auf Quartierebene aufzubauen und vor allem, die demokratischen Strukturen an den bereits existierenden funktionalen Raum anzupassen.

Wer gewinnt / wer verliert, wenn sich die Region Bern mit ihren 12 Kerngemeinden zur zweitgrössten Stadt der Schweiz zusammenschliesst?

Bürgerinnen und Bürger können über mehr Themen abstimmen, von welchen sie betroffen sind. In Gemeinden kann man nur über einen begrenzten Themenkatalog abstimmen und zusätzlich ist es auch noch schwierig, Personal für die Exekutiven zu finden. Aufgrund der dezentralen Abwicklung von Gemeindedienstleistungen durch das BürgerInnenämtermodell sollen auch weiterhin kurze Wege zu den Verwaltungseinrichtungen gewährleistet bleiben.

Wer von politischen Folgen (wie verändert sich der Steuerfuss, die Parteienkonstellation in der Legislative und Exekutive etc.) profitiert und wer nicht, war aber nicht Gegenstand unseres Berichts und hängt vor allem von zukünftigen demokratischen Entscheidungen ab.

Sie möchten diese neue Grossstadt in fünf Wahlkreise einteilen. Kann ich dann als Bewohnerin oder Bewohner eines solchen Wahlkreises nur Kandidaten aus diesen Wahlkreisen in die Legislative wählen?

Ja, das ist die Idee von Wahlkreisen, die es so auch in Zürich und Basel gibt. Fünf Wahlkreise gewährleisten eine Repräsentation aller Gebiete der Grossstadt Bern und gleichzeitig einen Fokus auf die Entwicklung der Gesamtstadt, was bei einer Beibehaltung der zwölf ehemaligen Gemeinden aufgrund von ungleichen und teilweise sehr kleinen Wahlkreisen schwierig wäre.

Wie wird die Exekutive gewählt, sind die ehemaligen Gemeinden gut vertreten?

Wir schlagen sieben durch Volkswahl in einem Einheitswahlkreis bestimmte Gemeinderätinnen und -räte vor. Mit einer Erhöhung der Anzahl Gemeinderatssitze von fünf auf sieben wird eine breite Abstützung verschiedener Interessen und Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Diese Überlegungen haben beispielsweise auch bei der 2004 erfolgten Vereinigung zwischen der Stadt Lugano und mehreren umliegenden Gemeinden eine Rolle gespielt.

Welche Kandidierenden aus welchen ehemaligen Gemeinden dann tatsächlich gewählt werden, hängt jedoch nicht zuletzt auch vom jeweiligen Profil und Wahlkampf ab.

Sie sprechen von BürgerInnenämtern. Wie funktionieren diese?

Dezentrale BürgerInnenämter organisiert als Front-Office und Back-Office dienen als Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürger und zur Fachverwaltung.

Als Front-Office sind sie erste Anlaufstelle für sämtliche Verwaltungsanliegen der Bürgerinnen und Bürger (sowohl online, telefonisch oder persönlich vor Ort) und ersetzen Dienstleistungen in

fachlich getrennten und geografisch an verschiedenen Orten untergebrachten Stellen. Sie übernehmen bürgernah publikumsintensive und unkomplizierte Leistungen wie bspw. das An- und Abmelden vom Wohnort, die Beantragung und der Bezug von Dokumenten wie bspw. Führerscheinen oder Gewerbe-Bewilligungen, Informationen zu und Beantragung von Sozialleistungen, die Anmeldung von Geburten etc. Bei komplexeren Leistungen dient das BürgerInnenamt lediglich als erste Anlaufstelle und leitet die Angelegenheit ins Back-Office der jeweiligen Fachämter weiter. So bleibt den Bürgerinnen und Bürgern ein „Behördenmarathon“ erspart und die Fachämter werden vom Front-Office-Dienst entlastet: Doppelte Zuständigkeiten und Überschneidungen bei den Arbeitsabläufen fallen weg: Durch einen konsequenten Einsatz von eGovernment und definierten Prozessabläufen zwischen Bürger- und Fachämtern kann die Arbeitsorganisation rationalisiert werden und die Fachämter werden vom Publikumsverkehr entlastet.

Ausserdem wollen Sie die elektronische Verwaltung ausbauen.

Macht das den Umgang mit den Behörden nicht sehr unpersönlich?

Die elektronische Abwicklung von Geschäften zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Verwaltung ist nur einer von zwei Innovationen der elektronischen Verwaltung. Dazu gehören auch die Zusammenarbeit innerhalb verschiedener Fachämter und zwischen den BürgerInnenamts- (Front-Office) und Fachamtsstellen (Back-Office).

Bezüglich des persönlichen Umgangs mit Behörden: Es ist nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, zu zehn verschiedenen Ämtern rennen zu müssen. Die elektronische Verwaltung soll auch nur Aufgaben übernehmen, die nicht notwendigerweise persönlich in einem Verwaltungsgebäude abgewickelt werden müssen. Wo intensiverer Austausch nötig ist, wird auch weiterhin persönlicher Kontakt bestehen bleiben. Es geht also eher darum, die mühsamen „Beamtenmarathone“ einzudämmen und den Behördenservice transparenter, effizienter und

unabhängig von Ort und Zeit zu gestalten.

Sie schlagen neben den Bürgerämtern auch Stadtteilkonferenzen vor. Wie sollen diese funktionieren?

Während es bei den bereits institutionalisierten Stadtteilvertretungen in Bern um sinnvolle Mitwirkungsprozesse der Quartierbevölkerung geht, geht es bei den Stadtteilkonferenzen darum, dass die Stadtregierung in die Quartiere gehen soll. Dabei können neben Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung verschiedene stadtteilrelevante Institutionen, beispielsweise Quartierorganisationen aber auch sonstige Vereine, Interessengruppen oder Institutionen teilnehmen, um dabei wichtige Themen in einem institutionalisierten Rahmen zu diskutieren und zu beurteilen sowie stadtteil- und quartierrelevante Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und aufzunehmen.

Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport der Stadt Bern führt bereits alle zwei Jahre Stadtteilkonferenzen durch. Für die Grossstadt Bern könnte dieses Partizipationsgefäss weiter ausgebaut werden; d.h. namentlich auf weitere Ressorts ausgedehnt und auf dem gesamten Gebiet der Grossstadt Bern institutionalisiert werden.

Kennen Sie ähnliche Beispiele? Gibt es ein solches Modell schon irgendwo?

Ja, Stadtteilkonferenzen sind in vielen deutschen Städten verbreitet, z.B. in Berlin, Hamburg, Essen, Aachen und weiteren kleineren Städten. Auch in Luzern fanden bereits erfolgreich Stadtteilkonferenzen statt.

WIRTSCHAFT

Die Region Bern hat viel Wirtschaftskraft

Auch wirtschaftlich gesehen ist die Region Bern längst eine Einheit. Eine Studie des Forschungsinstituts BAK Basel zeigt, dass sie dabei

den Vergleich mit anderen Regionen in der Schweiz nicht zu scheuen braucht.

Die Agglomeration Bern (Definition gemäss BFS) verfügt, wie eine Studie des BAK Economics AG Basel im Auftrag der Agglomerationskommission Bern zeigt, über eine leistungsstarke Wirtschaft: So liegt die pro Kopf erarbeitete Wirtschaftsleistung in der Agglomeration Bern deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. Bern ist mit Basel-Stadt und Zürich in der Spitzengruppe und die Wirtschaftsleistung der Agglomeration Bern liegt im kantonalen wie Schweizer Durchschnitt fast doppelt so hoch, was die Agglomeration zum wirtschaftlichen Motor der Region macht. Im Standortwettbewerb zeichnet sich Bern durch eine gute Erreichbarkeit und die Verfügbarkeit von Hochqualifizierten aus, gleichzeitig fehlt aber ein herausragender Standortfaktor. Darum soll dem Bevölkerungswachstum Sorge getragen und speziell der Dienstleistungssektor entwickelt werden. Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sind demzufolge eine gemeinsame Aufgabe von Stadt- und Agglomerationsgemeinden.

ZUSAMMENARBEIT

Gemeindepräsidenten der Region tauschten ihren Job!

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM hat im September das Projekt Jobtausch lanciert. Gemeindepräsidenten aus der Agglomeration und ländlichen Gegenden besuchten sich gegenseitig und tauschten für einen halben oder ganzen Tag ihr Amt. Ziel des Projekts ist es, das Verständnis für die Unterschiede innerhalb der Region zu fördern. Die erste Bilanz ist positiv.

Am Pilotversuch beteiligten sich die drei Gemeindepaare Köniz/Bowil, Ostermundigen/Wald und Wohlen/Golaten mit den Gemeindepräsidenten Ueli Studer (Köniz) und Moritz Müller (Bowil), Thomas Iten (Ostermundigen) und Fritz Brönnimann (Wald) sowie Bänz Müller (Wohlen) und Hansjörg Tüscher (Golaten).

Die Gemeindepräsidenten verbrachten jeweils einen halben oder ganzen Tag gemeinsam in ihren Gemeinden und gewährten sich gegenseitig Einblicke in ihre Tätigkeit. Sie nahmen beispielsweise am «Jour fixe» mit dem Gemeindeschreiber teil oder wohnten einer Gemeinderats- oder Parlamentssitzung bei. Die Beteiligten erhielten so Einsicht in eine andere Gemeindekultur und lernten die besonderen Aufgaben und Herausforderungen ihrer Partnergemeinde kennen.

Regionale Identität stärken

Die Idee zum Projekt stammt vom Könizer Gemeindepräsidenten Ueli Studer. Gemeinsam mit seinen Amtskollegen Bänz Müller, Wohlen, und Thomas Iten, Ostermundigen, hat er sie konkretisiert. Die drei Initianten wollen mit dem «Jobtausch» das Verständnis und Sensorium für die Unterschiede innerhalb der Region Bern-Mittelland fördern. Gegenseitiges Verständnis, so sind die Initianten überzeugt, stärkt die regionale Identität.

Erste Bilanz positiv

Die RKBM ist daran, den Pilotversuch detailliert auszuwerten. Die ersten Rückmeldungen der sechs Beteiligten sind durchweg positiv. «Für mich persönlich war der Jobtausch eine grosse Erfahrung, die ich nie vergessen werde», sagt der Bowiler Gemeindepräsident Moritz Müller. Die Chancen stehen gut, dass der «Jobtausch» wiederholt und auf weitere Gemeinden der Region Bern-Mittelland ausgeweitet wird, schreibt die RKBM.

[Quelle: Website Regionalkonferenz Bern Mittelland](#)

IN EIGENER SACHE

Überparteilich und aus der ganzen Region

Immer wieder werden wir vom Vorstand gefragt, wo «Bern NEU gründen» politisch steht? Schaut man die Zusammensetzung des Vorstands an, ist die Antwort klar. Der Verein «Bern NEU gründen» ist überparteilich und kommt aus der ganzen Region Bern.

Regula Rytz, Co-Präsidentin, Grüne, Bern

Hannes Treier, Co-Präsident, FDP, Gümligen

Christian Cappis, SP plus, Wohlen

Patrick Moser, parteilos, Bern

Thomas Stauffer, FDP, Kehrsatz

Patrizia Mordini, SP, Bern

Claudine Esseiva, FDP, Bern

Marcel Suter, parteilos, Geschäft in Wabern

Ingrid Kissling, SP, Bern

Werner Streit, FDP, Frauenkappelen

Toolbox	
	Drucken
	PDF
	Weiterempfehlen
	RSS Abonnieren

Newsletter 18

Verein Bern NEU gründen
Newsletter Nr. 18
Februar 2018

AUF EINEN BLICK

Liebe Leser*innen

Das World-Cafe zur Studie «Verwaltungsorganisation und politische Partizipation in einer fusionierten Grossstadt Bern» war ein voller Erfolg. Sie finden hier als Ergebnis dieses Abends eine Zusammenfassung zu den wichtigsten Debatten.

Ausserdem werfen wir einen Blick auf den Kanton Bern, wo sich in Sachen Gemeindefusionen schon fast Aussergewöhnliches tut, und auch Freiburg erfindet sich gerade neu.

Nicht zuletzt weisen wir Sie auf ein Podium zur Stadtregion hin, das am 14. März in Uettiligen stattfindet, und bitten Sie, sich den 16. Mai 2018 für unsere Mitgliederversammlung freizuhalten. Wir versprechen Ihnen schon jetzt nebst dem statutarischen Teil ein spannendes und in mancher Hinsicht grenzüberschreitendes Podium. Details folgen in Bälde.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Bern NEU gründen
Marcel Suter

World Café

«Etwas Grosses schaffen»

Rund 40 Personen kamen am 22. Januar 2018 zum unserem World Café im Clé de Berne. Unter ihnen Behördenvertreter*innen wie die Gemeindepräsidenten Walter Schilt (Vechigen) und Markus Kämpfer (Frauenkappelen), der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried oder Gemeinderat Hansueli Pestalozzi (Köniz). Auch Legislativmitglieder wie Brigitte Hilty Haller, Ingrid Kissling-Näf, Patrizia Mordini und Claudine Esseiva und Luzius Theiler (Bern) waren mit von der Partie. An vier Tischen wurde engagiert zu umstrittenen Themen diskutiert. Aufbruchstimmung machte sich breit oder wie es ein Teilnehmer ausdrückte: «Wir können jetzt etwas Grosses schaffen.»

Tisch 1: 5 Wahlkreise und 7 Gemeinderätinnen? Wird Bern jetzt wie Zürich oder Basel?

Moderiert durch Christian Cappis

Die Frage, ob es einen Wahlkreis für die neue Stadtregion braucht oder mehrere wie in Zürich oder Basel, wurde kontrovers diskutiert. Ausgehend von der Idee einer Stadtregion Bern erscheint einigen eine Segmentierung in mehrere Wahlkreise wenig überzeugend. Die Idee eines «grossen Ganzen» würde in lokale Identitäten aufgesplittet. Demgegenüber bietet die Unterteilung des neuen Stadtgebiets in mehrere Wahlkreise den Vorteil, dass die geographische Repräsentation aller Gebiete der neuen Stadtregion sichergestellt würde. Damit würde sich die Bevölkerung der bisherigen Agglomerationsgemeinden im dem neuen Gebilde besser wiederfinden.

Wie die einzelnen Wahlkreise genau aussehen sollten, müsste noch

vertieft abgeklärt werden. Dabei sollten auch Überlegungen angestellt werden, ob eine (funktionale) Einteilung der Wahlkreise entlang der Haupteinfallsachsen eine Gliederungsmöglichkeit sein könnte (anstelle der vorgeschlagenen rein geographischen Aufteilung in die 4 Himmelsrichtungen und ein Zentrum). Im Sinne einer Übergangslösung wäre es denkbar und vielleicht auch sinnvoll, zunächst mehrere Wahlkreise zu bilden und diese dann schrittweise zu verschmelzen.

Was können sieben besser als fünf?

Die Überlegung, dass mit einer grösseren Exekutive von sieben Mitgliedern die verschiedenen Interessen und Gruppen besser in die Regierungstätigkeit eingebunden werden können und die kleineren politischen Parteien eher die Möglichkeit haben mitzuregieren, leuchtet grundsätzlich ein.

Ob die Regierung der neuen Grossstadt / Stadtregion Bern, als zentrales Planungs-, Steuerung- und Beschlussorgan fünf oder sieben Mitglieder aufweist und wie die einzelnen Direktionen genau ausgestaltet sein sollten, ist dennoch zweitrangig. Bevor das vorgeschlagene Organigramm ernsthaft diskutiert werden kann, müssen in einem partizipativen Prozess mit der betroffenen Bevölkerung die lokalen Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der Stadtregion Bern möglichst verständlich dargestellt und diskutiert werden.

Tisch 2: Demokratie und Mitsprache auf Ebene Quartier/Stadtteil

Moderiert durch Ingrid Kissling-Näf

Wie können Partizipation und Beteiligung im Kleinen gestaltet werden?
Gibt es neue Ideen für die Aufwertung der Stadtteile?

Mehrfach haben die Teilnehmenden betont, dass Quartier- oder Stadtteilpartizipation mit Kompetenzen und Budget zusammengehen müssen. Dabei ist eine Restautonomie lokal zu garantieren, ohne jedoch die Prozesse massgeblich zu verkomplizieren. Eine wichtige Voraussetzung für die Teilhabe wiederum ist, dass der Stadtteil zugleich Wahlkreis für die Legislative sein sollte.

Thematisch haben die Teilnehmenden zudem hervorgehoben, dass Detailumsetzungen wie z.B. die Verkehrsberuhigung oder die Finalisierung von Projekten, Schulplanung oder auch der Quartierverkehr in den Kompetenzbereich des neuen Stadtteils fallen sollen. Den lokalen Kompetenzen stehen wiederum zentrale Verantwortlichkeiten gegenüber, die mit einem Skaleneffekt verbunden sein müssen und zum eigentlichen Mehrwert der neuen Grossstadt beitragen. Wichtig scheint es auch, die gefühlte Nähe zu den Bürger*innen zu etablieren. So soll die dezentrale Verwaltung ein Gesicht haben, und es soll das Amt des Stadtteilpräsident*in geben.

Tisch 3: E-Government – Bürgernähe online

Moderiert durch Claudine Esseiva

Die Thematik des E-Government geht viel weiter als das E-Voting oder die ICT-Infrastruktur. Grundsätzlich wird durch den digitalen Wandel, der auch die öffentliche Verwaltung betrifft, eine Chance für ein stärkeres Miteinander gesehen. Folgende Themen sprechen dafür:

Partizipation: Mehrheitlich wird im E-Government eine Chance gesehen, die Partizipation breiter und dadurch auch besser abgestützt durchzuführen, notabene auch mit dem entsprechenden Mehraufwand.

Medienbruchfreie Verwaltung / One-stop-shop: Diese Dienstleistung ist für die Bewohnerinnen und Bewohner ein grosser Mehrwert und wird in unserer Dienstleistungsgesellschaft immer wichtiger. Das alles ist jedoch mit grossem Aufwand für die lokalen Verwaltungen verbunden, mehrheitlich herrscht noch ein starkes Silodenken vor, dass zuerst aufgebrochen werden muss. Stichwort: Über die Thuja-Hecke hinausdenken.

Gläserner Bürger: Mit der zunehmenden Transparenz, braucht es auch den entsprechenden Datenschutz. Hier sind noch viele Fragen offen, Stichwort E-ID.

Innovationsschritt durch Zusammenschluss

Wie oben genannt, kann E-Government helfen, den Gedanken des neuen Miteinanders zu stärken oder sogar ein Verkaufsargument für die Stadtregion sein. Eine Mehrheit der Teilnehmenden teilte diese Auffassung, da die Skaleneffekte bei der Einführung von E-Government gross sind. Schon jetzt externalisieren viele Gemeinden ihre Dienstleistungen und/oder schliessen sich mit anderen Gemeinden zusammen. Und man hätte damit auch zuerst eine konkrete Dienstleistung für die Bewohnerinnen und Bewohner, um sie von der politischen Idee des Zusammenschlusses zu überzeugen.

Ein kleiner Teil der Teilnehmenden sah in diesem Thema keine Relevanz für den Zusammenschluss. Bereits jetzt geht viel in diesem Bereich, unabhängig vom Zusammenschluss, z. B. im Baubewilligungsverfahren.

Thema 4: Bürgerämter – Bürgernähe vor der Haustür

Moderiert durch Hannes Treier

Wie soll diese Idee konkret aussehen (Standort, Dienstleistungen, Öffnungszeiten, usw.)?

Ideal wäre es, weiterhin in den heutigen Gemeinden und neu in den neuen Stadtteilen einen physischen Schalter zu haben. Ein solches Bürgeramt könnte folgenden Nutzen bringen:

- Informationen
- Erstberatung. Vernetzung mit den fachkundigen Stellen / Personen
- Terminorganisation mit den fachkundigen Personen (Skype am Ort oder bei der Fachstelle)
- Niederschwelliger Zugang zur Verwaltung und zu Informationen rund um die Gemeinde
- Eine Anlaufstelle schafft Geborgenheit, Verbundenheit, Zugehörigkeit, positive Emotionen
- Alle können zu allen Bürgerämtern gehen (Gümliger auch in Köniz, usw.)
- Evtl. in Kombination mit Quartierarbeit (Zürich scheint eine Lösung zu haben)
- Idee: Sprechstunden mit der Politik

Themen, mit denen man sich an die Bürgerämter wenden kann

- Gemeinde allgemein (mehr als heute geboten wird)
- Verwaltungsthemen (das heute übliche)
- Politik (mehr als heute geboten wird)
- d.h. ein breiteres Spektrum an Themen, als heute bei einer klassischen Gemeindeverwaltung.

Bilder für die «Bürgerämter»

- Migros-Wagen, der zu den Kunden kommt
- Filialnetz der Verwaltung
- Hotel-Reception /-Concierge

Öffnungszeiten: von 08.00 bis 17.30 durchgehend, evtl. an zwei Abenden mit Verlängerung.

Anforderungen an das Personal der Bürgerämter

- Mit schwierigen Kunden/Kundinnen umgehen können
- Breites Wissen betreffend Zuständigkeiten in der Verwaltung
- Kompetenz zum Triagieren (kann ich selber machen / Zugang zu den Fachstellen und -Leuten)

Der Begriff «Amt» weckt keine positiven Gefühle, eher:

- Auskunftstelle
- Anlaufstelle
- Reception / Concierge
- Schalter Service Public

Wie es weitergeht

Nach dem erfolgreichen World Café wird die Studie «Verwaltungsorganisation und politische Partizipation in einer fusionierten Grossstadt Bern» nun an zahlreichen Anlässen von Verbänden, Parteien und Organisationen diskutiert. So an einer Veranstaltung der Plattform Region Bern im Juni. Sie ist auch Thema unserer Mitgliederversammlung im Mai. Dort werden wir mit einem Gast aus dem Kanton Tessin eine konkrete Grossfusion und ihre Folgen näher unter die Lupe nehmen. Unerwartete Aktualität hat die Studie auch mit der Strategie des Regierungsrates zur Strukturreform im Kanton Bern erhalten. Der Verein «Bern NEU gründen» bleibt am Thema dran!

FUSION I

Kanton Bern: Vorteile mit weniger Gemeinden

Weniger als 50 Gemeinden hatte Grossrat Philippe Müller in einem Vorstoss gefordert – 100 bis 150 hält der Regierungsrat des Kantons Bern

für realistisch. Eine solche Reduktion brächte nach seiner Ansicht wesentliche Vorteile. Verbesserungen wären vor allem bei der Handlungsfähigkeit und der räumlichen Entwicklung der Gemeinden möglich. Der Regierungsrat will deshalb Gemeindefusionen künftig gezielter steuern. Der entsprechende Bericht dazu befindet sich bis 25. Mai 2018 in der Vernehmlassung. Mehr dazu [auf folgendem Link](#).

FUSION II

Fribourg erfindet sich neu

In Freiburg versammelten sich anfangs Februar zum ersten Mal die 37 Abgeordneten der Fusionsversammlung. Ihr Ziel: Die Fusion zwischen den neun Gemeinden Avry, Belfaux, Corminboeuf, Freiburg, Givisiez, Granges-Paccot, Marly, Matran und Villars-sur-Glâne. «Sie haben die Möglichkeit, eine neue Stadt zu erfinden und eine Vision für eine nachhaltige Zukunft zu entwickeln», sagte Oberamtmann Carl-Alex Ridoré zu den Anwesenden. [Hier der Link zum Zeitungsartikel](#).

POLITCAFE WOHLLEN

Hauptstadtregion Bern: Chancen und Risiken

«Wie sähe denn eine engere Zusammenarbeit zwischen unserer Gemeinde und der Stadt aus? Was wäre der Gewinn, was der Preis? Und abgesehen davon: Wo läge der Vorteil für uns einzelne Bürgerinnen und Bürger?» Diese und weitere Fragen stellt die SPplus und lädt ein zum Podium mit Alec von Graffenried, Stadtpräsident von Bern, Regula Rytz, Co-Präsidentin von Bern NEU gründen, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Schweiz, Bänz Müller, Gemeindepräsident von

Wohlen, Kathrin Zuber, Gemeindepräsidentin von Bolligen und Anita Luginbühl, Ex-Gemeinde-präsidentin von Krattigen und Fraktionschefin der BDP im Grossen Rat.

Ort: Reberhaus, Uetligen

Zeit: Mittwoch, 14. März 2018, 19.30 – 22.00 Uhr

Ablauf:

- Moderiertes Gespräch mit den Exponenten
- Miteinbezug des Publikums
- Gemütlicher Ausklang mit Getränken und Tapasmenü

Moderation: Lisa Stalder, Journalistin

ZUSAMMENARBEIT

Für eine innovative Kernagglomeration

Die Zusammenarbeit in der Kernregion Bern soll verstärkt werden. Das Pilotprojekt «Resonanzgruppe» setzt sich pro Gemeinde aus Mitgliedern der Legislative und üblicherweise den Gemeindepräsidenten zusammen und arbeitet Strategien und Massnahmen für eine innovative Kernagglomeration aus. Das nächste Treffen findet am 15. März 2018 zum Schwerpunkt Smart Region statt.

Toolbox	
	Drucken
	PDF
	Weiterempfehlen



[RSS Abonnieren](#)